

Doskozil: Pflichtdienst als Schlüssel zur Pflege-Personalnot im Burgenland!

Burgenlands Landeshauptmann Doskozil schlägt einen verpflichtenden Sozialdienst zur Lösung des Pflege-Personalproblems vor.



Burgenland, Österreich - Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil hat am 18. Mai 2025 eine innovative Idee zur Bekämpfung des akuten Pflege-Personalproblems vorgestellt. Er schlug vor, einen verpflichtenden Wehr- oder Sozialdienst für junge Männer und Frauen einzuführen, um den dringend benötigten Personalnachwuchs im Pflegebereich zu fördern. Die derzeitige Dauer des Präsenzdienstes von sechs Monaten soll dabei auf neun Monate verlängert werden. Doskozil kritisierte die Bundesregierung als „fantasielos“ und forderte die Abschaffung der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), da die Bundesländer seiner Meinung nach diese Aufgaben besser übernehmen könnten. Als Teil seiner Strategie zur Verbesserung der Pflege im Burgenland plant er zudem die Umsetzung von 71

Pflegestützpunkten und die Erweiterung der Anstellung pflegender Vertrauenspersonen.

Ein weiterer wichtiger Punkt in Droszkows Ausführungen war die Feststellung, dass private Unternehmen nicht die Versorgung im Gesundheitswesen übernehmen sollten, da dies zu einer „Drei-, Vier-Klassenmedizin und -pflege“ führen könnte. Um den Herausforderungen, die demografische Entwicklungen und veränderte Krankheitsbilder mit sich bringen, gerecht zu werden, sind die notwendigen Investitionen in das Pflegepersonal entscheidend. Im Burgenland wurde das Personalbudget auf 250 Millionen Euro eingefroren, und es gibt einen Aufnahmestopp.

Die aktuelle Pflege-Situation

Wie aus den Berichten des **Sozialministeriums** hervorgeht, zeigen demografische Entwicklungen und veränderte Krankheitsbilder an, dass neue Anforderungen an die Langzeitbetreuung und -pflege dringend werden. Eine Querschnittsstudie zeigt, dass trotz der steigenden Nachfrage die Attraktivität der Pflegeberufe nicht ausreicht. Das Entgeltsteigerungszweckzuschussgesetz (EEZG) zielt darauf ab, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung im Pflegewesen zu verbessern. Es ermöglicht dem Bund, Zweckzuschüsse an die Länder zu zahlen, um die Bezahlung in diesem Sektor zu erhöhen.

Auf dem Arbeitsmarkt sind derzeit rund 127.000 Personen im akutstationären Bereich oder in der Langzeitpflege beschäftigt. Eine Studie, die vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz beauftragt wurde, zeigt, dass 65% der Befragten im Pflegesektor nicht glauben, bis zur Pension im Beruf bleiben zu können. Laut der Pflegepersonal-Bedarfsprognose werden bis zum Jahr 2030 zusätzliche 51.000 Pflege- und Betreuungskräfte benötigt, mit einem jährlichen Anstieg von etwa 7.000 bis zum Jahr 2050.

Strategien zur Verbesserung der Pflegeausbildung

Das **GÖG** hat zudem bereits im Jahr 2019 eine Personalprognose für Gesundheits- und Krankenpflegeberufe veröffentlicht. Diese Prognose wies auf einen zusätzlichen Bedarf von mindestens 75.700 Personen in der Pflege von 2017 bis 2030 hin. Angesichts der Herausforderungen, die sich in den letzten Jahren verschärft haben, wird eine Neukalkulation erwartet.

Um die Situation weiter zu verbessern, wurden verschiedene Initiativen ins Leben gerufen. Das Pflegeausbildungszweckzuschussgesetz (PAusbZG) wurde im Juli 2022 beschlossen, um die Pflegeausbildung finanziell attraktiver zu gestalten. Ziel ist es, endlich die erforderlichen Pflegekräfte zu gewinnen und die hohe Abbruchquote zu senken. Die Informationen rund um die Pflege- und Betreuungssituation in Österreich sind auf der speziellen Plattform **Pflegereporting** einsehbar.

Details	
Ort	Burgenland, Österreich
Quellen	• www.krone.at • www.sozialministerium.gv.at • jasmin.goeg.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at